



Antrag Nr. 15/246

öffentlich

Datum: 28.05.2025
Antragsteller: AfD

Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung	16.06.2025	empfehlender Beschluss
Krankenhausausschuss 3	23.06.2025	empfehlender Beschluss
Krankenhausausschuss 2	24.06.2025	empfehlender Beschluss
Krankenhausausschuss 4	25.06.2025	empfehlender Beschluss
Krankenhausausschuss 1	26.06.2025	empfehlender Beschluss
Gesundheitsausschuss	02.07.2025	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	08.07.2025	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

Taskforce Sicherheit in LVR-Kliniken

Beschlussvorschlag:

Die AfD-Fraktion beantragt die Einrichtung einer Taskforce „Sicherheit in den LVR-Kliniken“, um die Sicherheitsvorkehrungen für Personal, Patienten und der Öffentlichkeit in den psychiatrischen Einrichtungen des LVR anlassbezogen zu überprüfen und dauerhaft zu gewährleisten.

Die Taskforce soll sich unter Leitung der Dezernentin Martina Wenzel-Jankowski aus Vertretern der zuständigen Klinik- und Verwaltungsstellen und je einem Vertreter der Fraktionen zusammensetzen.

Aufgaben und Ziele der Taskforce sind die Analyse der bestehenden Sicherheitsprotokolle und Identifikation von Schwachstellen, die Entwicklung und Implementierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit für Personal und Patienten sowie die regelmäßige Überprüfung und Aktualisierung der Sicherheitsstandards.

Begründung:

In den psychiatrischen Kliniken des Landschaftsverbands Rheinland (LVR) kam es in den letzten Monaten vermehrt zu sicherheitsrelevanten Vorfällen, die eine alarmierende Entwicklung erkennen lassen. Diese Ereignisse werfen grundlegende Fragen zur Sicherheitsarchitektur und -kultur der LVR-Kliniken auf und offenbaren Schwächen sowohl in der operativen Gefahrenabwehr als auch in der politischen Aufsicht durch die zuständigen Gremien.

Beispiele sicherheitsrelevanter Vorfälle:

1. LVR-Klinik Bedburg-Hau (Mai 2025):

Ein Patient setzte nach einem Wutausbruch mutmaßlich absichtlich eine Matratze in Brand, nachdem er sich verbarrikadiert hatte. Die Lage eskalierte, als sich mehrere weitere Patienten mit ihm solidarisierten. Erst ein Großeinsatz von Polizei, SEK, Feuerwehr und einem Polizeihubschrauber konnte die Situation unter Kontrolle bringen. Es wurde ein Schaden im fünfstelligen Bereich verursacht. Ein solch koordinierter Gewaltausbruch innerhalb einer geschlossenen Abteilung ist kein Bagatelldfall, sondern ein ernstes sicherheitspolitisches Signal.

2. LVR-Klinik Viersen (Mai 2025):

Ein 21-jähriger wegen Gewaltdelikten untergebrachter Patient entwich aus der Klinik und wurde erst über 100 km entfernt in Rösrath wieder gefasst. Er war wegen mehrfacher Körperverletzungen eingewiesen worden. Die zwischenzeitliche Flucht stellte eine konkrete Gefährdung der öffentlichen Sicherheit dar.

3. Erneute Flucht in Viersen:

In einem weiteren Fall wurde öffentlich nach einem 36-jährigen Mann gefahndet, der ebenfalls aus einer LVR-Klinik entwich und offenbar wegen Gewalttaten untergebracht war.

Diese Fälle dokumentieren nicht nur wiederholte **Fluchtversuche gewalttätiger Patienten**, sondern auch **interne Eskalationen mit massivem Gefährdungspotenzial für Mitpatienten, Personal und letztlich auch die Allgemeinheit**.

Politische Verantwortung und institutioneller Handlungsbedarf:

Die genannten Vorfälle zeigen strukturelle Defizite, die nicht allein auf Einzelfallversagen zurückzuführen sind, sondern einer systematischen Analyse bedürfen. Die LVR-Kliniken unterstehen der politischen Verantwortung der **Landschaftsversammlung Rheinland** – diese ist nicht nur Trägerin, sondern auch Aufsichtsinstanz.

Daraus folgt eine Verantwortung gegenüber:

- den **Patientinnen und Patienten**, die Anspruch auf ein sicheres und geordnetes therapeutisches Umfeld haben,
- dem **Pflege- und Sicherheitspersonal**, das zunehmend mit nicht tragbaren Risikosituationen konfrontiert ist,
- und der **Öffentlichkeit**, deren Schutz durch das psychiatrische Unterbringungssystem ebenfalls sichergestellt werden muss.

Erforderlichkeit einer Taskforce:

Die Einrichtung einer Taskforce „Sicherheit in den LVR-Kliniken“ ist kein symbolischer Akt, sondern eine notwendige Reaktion auf eine Entwicklung, die aus Sicht der AfD-Fraktion nicht länger ignoriert werden darf. Die wiederholten Entweichungen und Gewaltdelikte belegen, dass:

- interne Sicherheitsprotokolle und personelle Ressourcen **nicht ausreichen**,
- es an einer **professionellen Risikoanalyse und Krisenprävention** mangelt,
- und dass eine stärkere **steuernde, kontrollierende Rolle der politischen Gremien** erforderlich ist.

Die Taskforce soll sowohl akute Schwächen identifizieren als auch strategische Sicherheitsstandards entwickeln, die landesweit für alle psychiatrischen Einrichtungen des LVR verbindlich gelten. Zudem

kann sie **Regelkommunikation mit den Klinikleitungen**, dem **Personalrat**, der **Polizei** und weiteren sicherheitsrelevanten Stellen koordinieren.

Markus Wiener